

## Bekanntmachung der Gemeinde Ratekau

**Betr.: Beschluss der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 2, 4. Änderung der Gemeinde Ratekau für das Gebiet in Pansdorf Nord, mit eingeschossiger Bebauung in der Frankfurter Straße, Stolper Straße, Stargarder Straße, Tannenbergstraße und Tilsiter Straße**

Die Gemeindevertretung hat in der Sitzung am 13.06.2013 die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 2, 4. Änderung für das Gebiet in Pansdorf Nord, mit eingeschossiger Bebauung in der Frankfurter Straße, Stolper Straße, Stargarder Straße, Tannenbergstraße und Tilsiter Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Die Aufhebung des Bebauungsplanes tritt mit Beginn des 25.07.2013 in Kraft. Alle Interessierten können den Bebauungsplan und die Begründung von diesem Tage an in der Gemeindeverwaltung Ratekau in 23626 Ratekau, Bäderstraße, Zimmer 32, während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 Baugesetzbuch bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der in § 214 Abs. 2 Baugesetzbuch bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Ratekau geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch diesen Bebauungsplan in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Unbeachtlich ist zudem eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 GO bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde Ratekau unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

Nachfolgend ist eine Übersicht mit dem Geltungsbereich wiedergegeben.



Ratekau, den 24.07.2013

Gemeinde Ratekau  
Der Bürgermeister  
Bauverwaltung

(L.S.)

(gez.: Thomas Keller)  
Bürgermeister